

# Christoph Blocher hat recht bekommen

Der Altbundesrat führt die SVP durch den CS-Sturm, setzt die FDP unter Druck – und wird für seine Partei zum Klumpenrisiko

DAVID BINER, BERN

Christoph Blocher hat das, was alle Politiker wollen: recht bekommen. Als einziger Verwaltungsrat der Schweizerischen Bankgesellschaft lehnte er schon 1990 den Expansionskurs der UBS-Vorläuferin nach Amerika ab, aber man hörte nicht auf ihn. Nach der Finanzkrise 2008 setzte er sich dafür ein, dass sich hiesige Grossbanken vom risikoreichen Investment Banking lösen, ohne Erfolg.

Wenige Jahre später, als die CS von der US-Justiz wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu einer Milliardenbusse verdonnert wurde, forderte er den Rücktritt der damaligen Führung um den CEO Brady Dougan und den Verwaltungsratspräsidenten Urs Rohner – vergeblich.

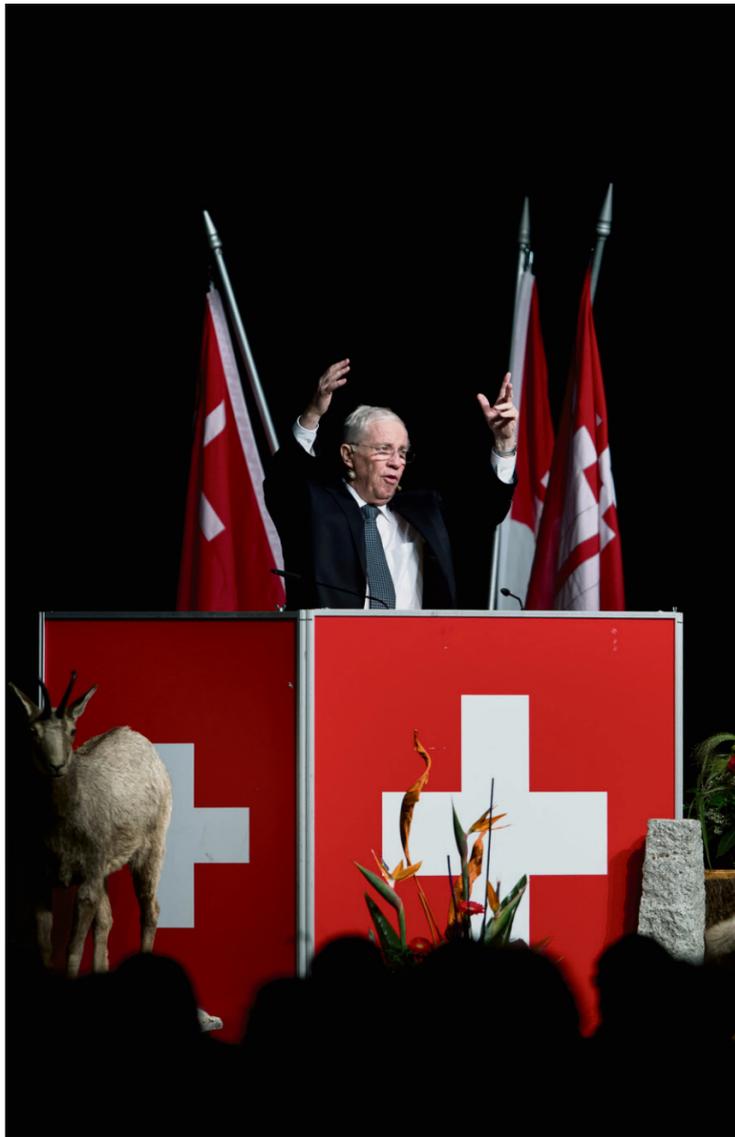
Nach dem abrupten Ende der Credit Suisse werden Blochers damalige Forderungen nun wieder neu verhandelt. Alle Parteien sind sich einig, dass es nie so weit hätte kommen dürfen. «Aber was bringt das, recht gehabt zu haben, wenn es nicht gemacht wird?», fragt Blocher heute. Er will es erneut versuchen.

## SNB soll auf Garantie verzichten

Kaum hatte der Bundesrat das Ende der CS bekanntgegeben, hat die SVP eine ausserordentliche Fraktionssitzung anberaumt – und dazu Christoph Blocher eingeladen. Er beteiligte sich nicht mehr am Tagesgeschäft der Partei, sagt der 82-Jährige. Aber hier habe er gespürt, dass er mit seiner Erfahrung einen Beitrag leisten könne.

Es ist wie beim Ukraine-Krieg und bei der Neutralität: Immer, wenn Blocher die Schweiz in Gefahr sieht, generiert er für sich einen Auftrag. Er reiste am vergangenen Mittwoch nach Bern mit einem Antrag für die Fraktion in der Tasche. Die SVP, so seine Forderung, dürfe der 109-Milliarden-Franken-Garantie des Bundes für die CS-Übernahme höchstens unter Bedingungen zustimmen. So soll der Bundesrat verbindlich erklären, die «Too big to fail»-Regulierung anzupassen, damit diese in jedem Fall greift – «gleichgültig der Ursachen, die zum möglichen Bankuntergang führen».

Wenn dies nicht möglich sei, seien die hiesigen Grossbanken zu verpflichten, massgebliche Geschäftsbereiche zu verkaufen oder gar stillzulegen. Blocher gibt sich überzeugt: Jedes Unternehmen, das todkrank ist, muss auch sterben können. Schafft es die Politik dieses



Immer noch «too big to retire»: Christoph Blocher (hier bei einem Vortrag im Januar 2014 in Luzern).

PIUS AMREIN / LZ

Mal, dieses marktwirtschaftliche Naturgesetz herzustellen?

Blocher will auch, dass der Bundesrat aufzeigt, wie die CS-Führungsverantwortlichen, sowohl die Mitglieder der Geschäftsleitung als auch jene des Verwaltungsrats, zur Rechenschaft gezogen werden können. Das seien lediglich die grossen Linien, sagt Blocher. Die Fraktion werde falls nötig bis zur aus-

serordentlichen Session im April weitere Bedingungen prüfen.

Was Blocher seiner Fraktion noch nicht vorgeschlagen hat, aber noch machen wird: Er will die Nationalbank (SNB) um Direktor Thomas Jordan dazu bringen, auf die 100-Milliarden-Garantie des Bundes zu verzichten und die Liquiditätshilfen selbst zu stemmen. Einerseits sei es die Aufgabe der SNB,

für die Finanzstabilität zu sorgen. Andererseits und vor allem aber will Blocher nicht, dass der Bund der UBS künftig zu viel dreinredet. Verantwortung sei unteilbar, sagt der langjährige Unternehmer. «Der UBS-Chef Colm Kelleher hat mir am Sonntagabend an der Pressekonferenz einen seriösen und kompetenten Eindruck gemacht – ganz im Gegensatz zu unserer Finanzministerin.»

## Chiffre für die Schweiz-Müden

Der SVP-Tribun stört sich an der «Geschwätzigkeit» und der «Wichtigtuerei» der FDP-Bundesrätin. Es sei peinlich, dass eine Finanzministerin in einer solchen Situation über ihre eigenen Bankkonten plaudere oder darüber, dass sie oft mit ausländischen Amtskollegen telefoniert habe. Auch die zuständige Staatssekretärin Daniela Stoffel sowie die Verantwortlichen der Finanzmarktaufsicht (Finma) hätten vor der SVP-Fraktion und auf ihn keinen vertrauenserweckenden Eindruck gemacht. Blocher traut den Beamten und den Behörden nicht. Darum hat er sich auch nie für eine Verstaatlichung der Credit Suisse ausgesprochen.

Blocher zielt auf die FDP-Bundesrätin und hofft gleichzeitig, dass sich die SVP und die FDP unter den Trümmern der CS vielleicht doch noch finden werden. Blocher kam mit seinen früheren Forderungen nie durch, dies auch, weil er im bürgerlichen Lager keine Mehrheiten fand. Eine Woche nach der Verhörerung der CS sind sich die FDP und die SVP nun plötzlich in Grundzügen teilweise einig, wie das Debakel aufgearbeitet und der Finanzplatz Schweiz ausgerichtet werden muss. Ist die FDP nun auf der Linie der SVP, auf der Linie Blochers? Kaum.

Das Ende der Grossbank könnte die beiden bürgerlichen Parteien noch weiter spalten, als sie es ohnehin schon sind. Der SVP-Vorwurf, dass das Scheitern der Bank auf den Zürcher «FDP-Filz» zurückzuführen sei, wirkte anfangs als kommunikative Affekthandlung, eine weitere Provokation der Polpartei. Aber Blocher meint es ernst.

Das Netz, das der langjährige Verwaltungsratspräsident Walter Kielholz um die CS und den Zürcher Wirtschaftsfreisinn gespannt habe, sei vielleicht nicht mehr so engmaschig, aber sehr wohl noch da. «Die Manager sind gekommen und gegangen, aber der Geist, die Kultur prägen die Mentalität der FDP und des Unternehmens bis heute.»

Blocher bestreitet, dass er mit der Kritik an der FDP Rechnungen einer jahrzehntelangen Fehde begleichen wolle. Er wolle keine Rache, sondern dass sich der Freisinn wieder auf seine Wurzeln besinne, auf die Schweiz. Die CS ist für Blocher eine Chiffre geworden für die Schweiz-Müden, die USA-Begeisterten und die Euro-Turbos, für diejenigen Kreise, die das Land in die Abhängigkeit des Auslands treiben, oder wie im Fall der Grossbanken in die USA. Es sei typisch, dass die Schweizer Banken – «und mit ihnen auch die FDP» – den Bundesrat dazu gedrängt hätten, die Sanktionen gegen Russland zu übernehmen. «So mussten sie ihren russischen Kunden nicht selbst erklären, warum man sie mittelfristig und auf Druck der USA wohl fallenlassen muss.»

## Vergleich mit der Swissair

Mit den neuen Anwürfen verbindet Blocher auch das CS-Desaster mit dem damaligen Aus der Swissair vor zwanzig Jahren und damit zwei Identitätskrisen der Schweiz mit dem gleichen Netzwerk. In Anlehnung an seinen damaligen Gastkommentar im «Tages-Anzeiger» fragt er heute noch einmal: «Wird der Freisinn an der CS genesen? Wir hoffen.»

Auch wenn es ihm um mehr gehen mag als um Parteipolitik oder darum, recht zu haben – Blocher macht sich als Wahlhelfer und Chefstrategieunentbehrlich. Auch im fortgeschrittenen Alter ist er für die SVP immer noch «too big to retire», zu wichtig, um sich zurückzuziehen, ein Klumpenrisiko für die grösste Partei im Land.

Blochers Antrag wurde von der Fraktion einstimmig angenommen, Blochers Auftritt grossmehrheitlich positiv kommentiert. In Gesprächen zeigten sich mehrere Fraktionsmitglieder froh und sogar erleichtert, dass «der Alte» noch da sei und übernommen habe. In Sachen Analysefähigkeit komme niemand an ihm vorbei.

Von Diadochenkriegen um sein Erbe ist in der SVP derweil nichts zu spüren. Die Konkurrenzkämpfe um das Amt als Nationalratspräsident sind grösser als die Ambitionen, nach den Wahlen etwa das Parteipräsidium von Marco Chiesa zu übernehmen. Nach ihm würden dann andere kommen, sagt Blocher, die Partei sei gut aufgestellt. Ob er auch mit dieser Analyse recht bekommen wird?

# In der Schweiz braucht es 760 Windräder bis 2050

Strenge Auflagen in der Raumplanung erschweren einen effizienten Ausbau der Windenergie im Mittelland

DAVID VONPLON

In der Schweiz fristet die Windkraft ein kümmerliches Dasein. Die knapp vierzig bestehenden Windturbinen produzieren gerade einmal 0,3 Prozent unseres Stroms. Und seit letztmals an Gottard neue Turbinen ans Netz gingen, sind mehr als zwei Jahre vergangen.

Will die Schweiz die Ziele der Energiestrategie erreichen, muss die Windkraft künftig allerdings eine deutlich grössere Rolle spielen: So sollen bis 2050 rund 7 Prozent des Stroms in der Schweiz durch Windenergie gedeckt werden, was rund 4,3 Terawattstunden (TWh) pro Jahr entspricht. Doch welche Regionen eignen sich in der Schweiz am besten, um Windstrom zu erzeugen? Die Alpen, das flache Mittelland oder der Jura?

Eine Studie von ETH-Wissenschaftlern ist anhand von unterschiedlichen Szenarien der Frage nachgegangen, wie Windkraftanlagen regional verteilt werden können, um das Ziel der Energiestrategie so effizient wie möglich zu erreichen. Dabei gingen die Forschenden in ihren Berechnungen davon aus, dass möglichst wenige Windturbinen an möglichst wenigen, besonders windstarken

Orten gebaut werden sollten. Der Befund der Studie: Hält die Schweiz am bestehenden Windenergiekonzept des Bundes fest, sind insgesamt 760 Windturbinen nötig, um im Jahr 4,3 TWh Windstrom zu erzeugen.

Rund die Hälfte davon würde durch 260 grosse Anlagen in den Ebenen des Mittellandes produziert werden, grösstenteils in den Kantonen Bern, St. Gallen, Luzern und Freiburg. In grossem Stil verbaut werden müssten allerdings auch die Schweizer Alpen. Nicht weniger als 300 Turbinen müssten laut der Studie allein in den Bündner und den Walliser Bergen installiert werden.

## Ausbau in den Alpen teuer

Aus Sicht der Studienleiterin Adrienne Grêt-Regamey wäre diese Konzentration der Windanlagen in den Alpen alles andere als optimal: «Die Bau- und Betriebskosten von Windanlagen sind in den Bergen tendenziell höher als in der Ebene.» Zudem könnten dort aus technischen Gründen nur relativ kleine Anlagen gebaut werden – was den Ertrag stark verringere. Schliesslich empfinde auch die Schweizer Bevölkerung Wind-

anlagen in unberührten, alpinen Landschaften als besonders störend, so die ETH-Professorin für Planung von Landschaften und urbanen Systemen.

Dass der Ausbau der Windkraft nicht an jenen Standorten geschehen kann, wo die Voraussetzungen eigentlich am besten wären, liegt an den restriktiven raumplanerischen Auflagen, die im bestehenden Windkonzept des Bundes verankert sind. So ist der Bau von Windkraftanlagen zum Beispiel auf besonders fruchtbarem Ackerland, sogenannten Fruchtfolgefleichen, zwar nicht verboten. Jedoch schreibt der Bund vor, dass die Nutzung dieser Flächen für die Erzeugung von Windstrom wenn möglich vermieden werden sollte. Zudem muss der Verlust der Flächen durch geeignete Massnahmen kompensiert werden.

Würde diese Vorgabe gelockert und könnten auch Ackerflächen im windstarken Mittelland für die Windkraft genutzt werden, zeigte sich ein ganz anderes Bild. Dann könnte gemäss der Studie schweizweit die gleiche Menge Strom mit rund 300 Windturbinen weniger produziert werden. Namentlich wären dann 200 Windanlagen in den Bündner und den Walliser Bergen weniger nötig.

Der allergrösste Teil des Stroms würde in einem solchen Szenario von grossen Turbinen im Westschweizer Mittelland stammen. Von den insgesamt 460 Windturbinen würden sich knapp über 40 Prozent im Kanton Waadt und je etwa 13 Prozent in den Kantonen Freiburg und Bern befinden. «Wollen wir möglichst wenig Windanlagen – sowohl generell als auch speziell in den Alpen –, müssen wir grosse, gut sichtbare Windturbinen dort bauen, wo es am meisten Wind hat: im westlichen Mittelland», betont Grêt-Regamey. Werde dagegen der Schutz der Fruchtfolgefleichen priorisiert, komme die Schweiz um einen grossflächigen Bau von Windturbinen in den Alpen nicht herum.

## Bauernverband wenig begeistert

Bei Suisse Eole, dem Interessenvertreter der Windenergie, stösst die Studie denn auch auf grosses Interesse. Eine Flexibilisierung der Raumplanung wäre wünschenswert, sagt dazu der Verbandsvertreter Reto Rigassi auf Anfrage. So seien die geltenden Bedingungen für Windanlagen in Fruchtfolgefleichen sehr restriktiv. Rigassi übt auch Kritik an der ETH-Studie. Diese stelle zwar richtig fest, dass

die Windenergienutzung durch die technische Entwicklung auch im Mittelland interessant geworden sei. «Dass dieses zusätzliche Potenzial in der Studie dazu genutzt wird, an anderen Standorten auf Anlagen zu verzichten, erscheint aufgrund der energiepolitischen Herausforderungen jedoch als sehr fragwürdig.»

Erwartungsgemäss wenig begeistert von der Idee, wertvolles Kulturland für die Windkraft zu opfern, zeigt man sich beim Schweizerischen Bauernverband: «Fruchtfolgefleichen sind entscheidend für die Ernährungssicherheit, weshalb sie besonders sorgfältig behandelt werden müssen», sagt die Sprecherin Mirjam Hofstetter auf Anfrage. Der Druck auf diese Flächen sei bereits heute von verschiedenen Seiten sehr hoch.

Der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für die Windkraft ganz verschliessen wollen sich die Bauern zwar nicht: Da Wind eine wichtige Ergänzung für den Strommix darstelle und verhältnismässig wenig Fläche beanspruche, könnten gewisse Projekte sinnvoll sein. Würden solche Projekte jedoch auf Agrarland realisiert, seien ökologische Kompensationen auf Kosten des Kulturlandes nicht tolerierbar.